

# It's time for backing more

## Software-Patente und die Rechtssicherheit Freier Software



**Daniel Riek**

Die Auseinandersetzung zwischen Freier Software auf der einen und Microsoft mit Teilen der proprietären Software-Welt auf der anderen Seite hat in den vergangenen Monaten einen neuen Höhepunkt erreicht. Freie Software wie GNU/Linux konnte sich auf breiter Basis in der IT-Welt etablieren. Und weil die Erfolge im direkten Wettbewerb um die Gunst der Kunden zunehmen, kontern die Gegner Freier Software auf anderen Ebenen. Vier Angriffe haben in letzter Zeit viel Aufsehen erregt:

- die Angriffe auf die Rechtssicherheit Freier Software, wie sie vom Verband der Softwareindustrie Deutschlands (VSI) forciert werden,
- der SCO-Fall,
- TCPA/Palladium sowie
- die geplante Einführung von Software-Patenten in Europa.

Auch wenn die einzelnen Akteure durchaus unabhängig agieren und verschiedene Intentionen verfolgen, so gibt es doch ein Zusammenhang zwischen diesen Themen, die nicht ausschließlich Freie Software betreffen – teilweise richten sich die Aktivitäten durchaus auch gegen kleinere Anbieter proprietärer Software. Der VSI betreibt gemäß der klassischen FUD (Fear Uncertainty Doubt)-Strategie die Verunsicherung der Anwender, um diese vom Einsatz Freier Software abzubringen: Auf Basis einer einseitig geratenen Auftragsstudie werden in Pressemeldungen und Schreiben an Firmen und Behörden ungenaue und teils auch schlicht falsche Behauptungen aufgestellt. Interessanterweise richteten sie die VSI-Aktionen dabei vor allem gegen Copyleft-Lizenzen wie die von dem Verbandsvorsitzenden und ehemaligen Microsoft-Manager Rudolf Gallist mehrfach direkt angegriffene GNU General Public License (GPL). Dabei

baut Gallist direkt auf früheren Äußerungen von Microsoft-Vertretern wie Steve Ballmer und Bill Gates auf. Das Ganze macht durchaus Sinn: auch Hersteller proprietärer Software, allen voran Microsoft, bedienen sich gerne bei Freier Software. Copyleft-Lizenzen wie die GPL verbieten es im Gegensatz zur ebenfalls populären Apache-Lizenz jedoch, die Software in proprietäre Produkte einzubauen. Auch SCO betreibt nach Kräften FUD. Das Unternehmen behauptet, Linux verletze seine Rechte und plant, von GNU/Linux-Anwendern Lizenzgebühren zu verlangen. Glaubwürdige Beweise hat die US-Firma bisher keine vorlegen können. Fraglich ist die SCO-Position jedoch auch aus anderem Grund: unter dem Namen Caldera hat das Unternehmen seit mehr als 8 Jahren selbst Linux vertrieben – als Freie Software unter der GPL. Eine Lizenz wurde also bereits erteilt. Dementsprechend schießt auch SCO gegen die GPL und droht mit Prozessen. In Deutschland jedoch darf SCO seine Behauptungen inzwischen nicht mehr verbreiten und wurde erst kürzlich vom Münchner Landgericht zur Zahlung eines Ordnungsgeldes von 10.000 Euro verurteilt. Dennoch führen die Aktivitäten von SCO über die Medienberichterstattung auch in Deutschland zu einer Verunsicherung.

TCPA und Palladium zielen unter dem Vorwand, die Sicherheit zu verbessern, darauf ab, den Nutzern weitgehend die Kontrolle über die eigenen Rechner zu entziehen. Es ist zu befürchten, dass dabei vor allem der Wettbewerb leidet und die Interessen Freier Software ignoriert werden. Vorangetrieben wird TCPA vor allem von den großen Herstellern. Mit Software-Patenten droht Software-Entwicklung zum juristischen und ökonomischen Abenteuer zu werden: Jede Entwicklung müsste von umfangreichen Patentrecherchen begleitet werden, die nur von einem Patentfachmann sinnvoll durchführbar sind und schnell Kosten von mehreren 100.000 Euro verursachen. Doch auch eine noch so ausführliche Recherche garantiert keineswegs, dass nicht doch irgendwann ein Patentinhaber wegen echter oder vermeintlicher Patentverletzung klagt. Bereits die Klageandrohung kann für ein kleineres Unternehmen das wirtschaftliche Aus bedeuten und wirklich profitieren können nur Unternehmen, die entweder ein großes Patentportfolio

besitzen oder selbst keine Software entwickeln: Jeder Entwickler muss gewärtigen, dass er gegen mehr Patente verstoßen wird, als er selbst anmelden kann und somit schnell Opfer einer Gegenklage wird, sollte er je versuchen, ein Patent gerichtlich durchzusetzen. Freie Software, wie wir sie heute kennen, wäre schließlich vom Wohlwollen der Patentinhaber abhängig, da es bei Freier Software keine Möglichkeit gibt, die Kosten des Patentwesens über Lizenzentnahmen zu refinanzieren. Denn das das Modell der Freien Software ist dem Patent-Ansatz diametral entgegengesetzt: statt auf Fortschritt durch 20jährige Monopolrendite vertraut es auf Fortschritt durch offenen Wettbewerb.

Auf diesen Themenfeldern – und vielen weiteren – müssen also die Interessen Freier Software und mittelständischer Unternehmen mit Nachdruck verteidigt werden.

Eine Reihe von Organisationen mit verschiedenem Hintergrund sind hier engagiert: die FSF Europe hat sich der Verbreitung des Gedankens der Freien Software verschrieben, der mit der FSFE assoziierte Förderverein für eine Freie Informationelle Infrastruktur (FFII) leistet vor allem im Bereich der Software-Patente den Großteil der Grundlagenarbeit und der LIVE Linux-Verband vertritt als Branchenverband die Interessen der im Umfeld von Freier Software tätigen – zu meist mittelständischen – Unternehmen.

Doch die letzten Monate haben deutlich gemacht, dass eine Stärkung dieser Vertretung unabdingbar ist. Die Arbeit der Verbände wird derzeit vom persönlichen Engagement ihrer bis auf wenig Ausnahmen ehrenamtlichen Mitarbeiter getragen. Um die Interessen der Freien Software und vor allem der Unternehmen, die ihre Geschäftsmodelle darauf aufbauen, zu vertreten, muss ein stärkeres Backing durch Anbietern und Anwendern von Freier Software wie GNU/Linux erreicht werden. Allen ist daher dringend zu raten, die Arbeit dieser Organisationen auch finanziell mehr zu unterstützen und sich entsprechend zu engagieren.

### **Daniel Riek**

Mitglied des Vorstandes  
und Sprecher des Verbandes  
LIVE Linux-Verband e.V.

**E-Mail:** [daniel.riek@linux-verband.de](mailto:daniel.riek@linux-verband.de)